

3744/J XX.GP

der Abg. Mag. Haupt, Dr. Povysil und Kollegen
an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales
betreffend Chipcard - Finanzierung zu Lasten der Beitragszahler
Die Einführung der Chipkarte wird mit Rationalierungs -
erfordernissen, Beschleunigung des Datenflusses und
Entlastung von bürokratischen Abläufen argumentiert.
Der bisherige Verhandlungsstand läßt jedoch befürchten,
daß die enormen Kosten durch Leistungskürzungen bei den
Versicherten hereingebracht werden sollen:

„Inzwischen haben sich das Sozialministerium und die Wirtschaftskammer
auf die Finanzierung geeinigt. Die Wirtschaft übernimmt 300 Millionen
Schilling der Kosten. Dafür gibt es ab 1. April eine Senkung des Arbeit-
geberbeitrages zur Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall. Im Gespräch
mit der ÖÄZ bezifferte Direktor Adolf Mandl (Hauptverband) die kalkulato-
rischen Kosten der Chipkarteneinführung mit 1,5 Mrd. Schilling, auf fünf
Jahre verteilt.

Am 7. Jänner überreichten ÖÄK - Vizepräsident Rainer Brettenthaler (Salzburg)
und der Präsident der Ärztekammer Oberösterreich, Otto Pjeta, dem Präsidenten
und dem Generaldirektor des Hauptverbandes, Hans Sallmutter und Walter Geppert,
unter Anwesenheit von Mandl die Bedingungen der ÖÄK:

Bedingungen der Ärzte:

- Datenflußvertrag: Den ärztlichen Standesvertretungen sollen alle
Leistungsbezogenen Daten zugänglich gemacht werden, die auch der
Hauptverband besitzt.
- Keine verpflichtende Online - Verbindung
- Keine Kostenbeteiligung der Ärzte
- Förderung der Diskettenabrechner
- Abgeltung der zusätzlichen bürokratischen Arbeit.“

„Besonders knifflig ist die Übergangszeit, in der teilweise schon mit der
Chipcard, aber weithin noch mit den Krankenscheinen abgerechnet wird.
Die ÖÄK verlangt die Kosten für die Ausstellung der Krankenscheine. Wie
die Einhebung der Krankenschein Gebühr während der wohl mehrjährigen
Übergangszeit vor sich gehen soll, ist unklar. Wie bisher lehnt die ÖÄK
eine Einhebung durch die Ärzte ab.

(Österreichische Ärztezeitung, 25. Jänner 1998)

Statt der versprochenen Vereinfachung kommt es also zu mehr -
jährigen Doppelgleisigkeiten, die Krankenschein Gebühr wird nicht
abgeschafft, die Versicherten, insbesondere die Beitragszahler,
aber schon gleichzeitig direkt oder indirekt zur Finanzierung
der gewaltigen Chipkarten - Kosten herangezogen. Demgegenüber
will die österreichische Ärztekammer Zugriff auf die Patienten -
daten ohne finanzielle Gegenleistung, während sich die Vertreter
der Wirtschaft mittels eines lukrativen Tauschgeschäftes - einmal
300 Mio - Entgeltfortzahlungen im Krankheitsfall ab 1. April für
alle Zukunft ersparen.

Die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales ist offenbar so erpicht darauf, gemeinsam mit dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger einen EDV - Großauftrag zu vergeben, daß die Interessen der Versicherten unter die Räder zu kommen drohen.

Daher richten die unterzeichneten Abgeordneten an die Frau Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales die nachstehende

Anfrage:

1. Trifft es zu, daß zwischen Ihrem Ressort und der Bundeswirtschaftskammer Einigung dahingehend erzielt wurde, daß sich die Wirtschaft mit 300 Millionen Schilling als Einmalbetrag an der Chipkartenumstellung beteiligt, wenn als Gegenleistung ab 1. April 1998 der Arbeitgeberbeitrag zur Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall gesenkt wird ?
2. Wer wird in Hinkunft diesen Finanzierungsanteil zur Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall erbringen ?
3. Sollte niemand anderer für diesen Finanzierungsanteil aufkommen: Welche Änderungen sind bei der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall vorgesehen, um den Wegfall auszugleichen ?
4. Warum haben Sie die Finanzierungsbeteiligung der Wirtschaft nicht mit dem Wegfall des Krankenscheinsystems und dessen arbeitsentlastenden Auswirkungen in den Betrieben bei Einführung des Chipkartensystems argumentiert ?
5. Wie lautet der Standpunkt Ihres Ressorts zur Bedingung der Ärztekammer betreffend Datenflußvertrag, wonach den ärztlichen Standesvertretungen alle leistungsbezogenen Daten zugänglich gemacht werden sollen, die auch der Hauptverband besitzt,
 - aus der Sicht des patientenbezogenen Datenschutzes,
 - aus der Weigerung der ÖÄK, sich an den Chipcardkosten zu beteiligen ?
6. Wie lautet der Standpunkt Ihres Ressorts hinsichtlich der Forderung der ÖÄK nach Abgeltung der zusätzlichen bürokratischen Arbeit, obwohl die Betreiber des Chipkartensystems im Gegenteil mit der Entlastung von bürokratischen Abläufen argumentieren ?
7. Wie ist die Forderung nach Abgeltung der zusätzlichen bürokratischen Arbeit zu verstehen, wenn die Ärztekammer sich gleichzeitig weigert, Ärzte mit der Einhebung der Krankenscheingegebühr zu betrauen, solange das Krankenscheinsystem noch parallel zur Chipcard weiterläuft ?
8. Wie lautet Ihre Ressortstellungnahme zu dieser mehrjährigen Doppelgleisigkeit von Krankenschein und Chipkarte, obwohl von Rationalisierung und Kosteneinsparung ausgegangen wurde,
 - hinsichtlich der Kostenhöhe für diese Doppelgleisigkeiten,
 - hinsichtlich der Unannehmlichkeiten für Versicherte, Ärzte und Verrechnungsstellen ?

9. Warum haben Sie als Ressortministerin und der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger es so eilig, noch 1998 einen EDV - Großauftrag zu vergeben, dessen kalkulatorische Kosten von 1,5 Mrd. S wahrscheinlich wesentlich niedriger angesetzt sind als die durch die Umstellung und die dabei auftretenden Doppelgleisigkeiten entstehenden Folgekosten?

10. Warum wollen Sie dieses Chipcardsystem noch vor der Jahrtausendwende installieren, obwohl alle EDV - kundigen Stellen vor dem kostspieligen und komplikationsanfälligen Jahrtausendsprung wegen der zu erwartenden Systemstörungen, Kapazitätsengpässe und möglichen Datenverluste warnen ?

11. Ist nach Ihrer Auffassung die Einführung des Chipkarten - systems die einzige Möglichkeit, die leistungsorientierte Verrechnung auf den niedergelassenen Bereich auszudehnen, oder gäbe es andere Möglichkeiten ?

Wenn ja: welche ?

12. Können Sie die Gewährleistung der freien Arztwahl auch nach Einführung des Chipkartensystems garantieren, ohne daß Patienten von Wahlärzten finanzielle Nachteile in Kauf nehmen müssen ?